Volksentscheid richtet sich gegen die bürgerliche Bettelwirtschaft bei der Wahl eines Bürgermeisters. Durch das Volksbegehren wurden die Pläne der Bürgerlichen durchkreuzt. Aufgabe aller Werktätigen von Braunsdorf ist es, alle Energien zu mobilisieren, um den Volksentscheid siegreich durchzuführen und die außerparlamentarische Macht des Proletariats zu stärken.

Kampfkongreß der sächsischen Mieter

Chemnitz, 27. April. (Eig. Bericht.)

Die vom Bezirksmieterverband für gestern nach Chemnitz einberufene Mieterkonferenz für Sachsen war außerordentlich stark besucht. Rund 150 Delegierte waren aus allen Teilen Sachsens erschienen. Die Konferenz (über die wir morgen ausführlich berichten) **war von mächtigem Kampfgeist getragen und ein wuchtiger Auftakt für die Sammlung zum Kampf gegen den Raub der Mieterrechte. Herstellung der Einheitsfront in einheitlicher Organisation gegen die Auswirkungen der Notverordnungen Brünings und Schlecks, das war der beherrschende Gedanke der Konferenz. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Georg Schumann wurde eine Entschließung im Sinne der Forderungen der Mieter angenommen.**

Dietrich proklamiert: Weitere Belastung der Massen

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach bürgerlichen Pressemeldungen hielt der Reichsfinanzminister Dietrich am Sonntag vor dem Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes eine Rede über die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reichskabinetts. In dieser Rede kam die **völlige Ausweglosigkeit der Regierung zum Ausdruck, die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu meistern**, die nach der Rede Dietrichs durch die erhöhte Belastung des deutschen Volkes durch Reparationsschulden Deutschlands an die Siegermächte eine Verschärfung erfahren habe. Interessant sind die Ausführungen Dietrichs, der zugibt, daß der Youngplan eine schärfere Belastung vorsieht als der Dawesplan. Er forderte eine Revision des Youngplanes, Abbau der Bauwirtschaft, Privatisierung derselben und Verwendung der Hauszinssteuer zum Zweck der Gemeinden. **Er zerstörte die Hoffnungen, daß eine etwaige Belebung der Bautätigkeit** eintreten würde. **Weitere Belastung der Arbeiterschaft, weitere Arbeitslosigkeit, das sind die Aussichten für die nächste Zeit.**

Die Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart

Stuttgart, 27. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Am gestrigen Sonntag fand in Stuttgart die Wahl zum Stuttgarter Oberbürgermeister statt. **Es wurden von insgesamt 218 700 Wahlberechtigten 165 658 Stimmen abgegeben.** Von diesen Stimmen erhielten Lautenschläger (Einheitskandidat bürgerlicher Parteien einschließlich SPD) 115 178, Ströling (Nazikandidat) 25 814, Torgler (KPD) 24 247. **Die Wahlbeteiligung war äußerst schlecht.** Sie betrug **nur 63,8 Prozent.** Hinter Lautenschläger, dem früheren Oberbürgermeister, stand auch die SPD mit ihren 55 000 Stimmen von der letzten Reichstagswahl, hinter dem Nazikandidat standen mit den Deutschnationalen rund 60 000 Stimmen, hinter Torgler standen 36 000 Stimmen von der letzten Reichstagswahl.

Litwinow prangert die Völkerbunds-Manöver an

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach Meldungen der Berliner Montagpost hat die Sowjetregierung dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilen lassen, daß sie bereit sein werde, sich bei der am 15. Mai in Genf stattfindenden 3. Session der Europakommission vertreten zu lassen. Der Volkskommissar des Auswärtigen Amtes, Litwinow, rügt jedoch, daß die Regierungen Islands, der Türkei und der Sowjetunion lediglich zur Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung zugezogen worden sind. Litwinow erblickt darin eine engherzige, eine Ablehnung provozierende Auslegung der Beschlüsse der Europakommission durch den Generalsekretär und eine Benachteiligung der Sowjetunion.

Panzerzüge gegen den 1. Mai nach der China-Ostbahn

Peking, 27. April (TU)

Im Zusammenhang mit der Proklamierung des Ausnahmezustandes in Charbin hat der chinesische Generalgouverneur alle Kundgebungen am 1. Mai in Charbin und für die gesamte chinesische Ostbahn verboten.

Die sowjetrussischen Staatsangehörigen an der chinesischen Ostbahn, die mehrere Tausend zählen, wollen trotzdem den 1. Mai feiern. Die chinesischen Behörden haben erklärt, daß sie unter keinen Umständen Ausnahmen machen werden und daß das Verbot der Maifeier durchgeführt werden muß. Auf Veranlassung der Mukdener Regierung sind zwei Panzerzüge nach der chinesischen Ostbahn entsandt worden, um den Schutz an der chinesischen Ostbahn zu verstärken.

SPD-Führer enthüllen sich gegenseitig

SPD-Abgeordnete offen für Panzerkreuzerbau / Die Thüringer „Linken" unterstützen reaktionärste Rechtsregierung

Der Sturm in der SPD, der sich angesichts des kommenden Parteitages verstärkt, bringt täglich neue Enthüllungen über den sozialfaschistischen Verrat der SPD-Führer. **Alle Teile des Reiches sind von dieser Krise erfaßt. Auch auf der Düsseldorfer** Parteikonferenz in der vergangenen Woche kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, bei denen sich die rechte und „linke" Führergruppe gegenseitig enthüllte. Die Reichstagsabgeordnete Lore Agnes, die zu den „Linken" gehört, erklärte dort wörtlich:

„Man müsse sich überlegen, daß man die Arbeiter mit dem Ruf gegen den Faschismus nicht immer um sich scharen kann, wenn Hunger und Elend in dieser Republik immer größer werden. Selbst Breitscheid habe in der Fraktion gesagt:

„Was nutzt uns die Verteidigung der Republik, wenn die Kommunisten immer stärker werden ..."

Die Brüning-Regierung habe versprochen, einer Brotpreiserhöhung nicht zuzustimmen. Nichts von den Versprechungen sei eingehalten worden. Die Regierung Brüning habe fortwährend bewiesen, daß sie eine volksfeindliche, kapitalistische Regierung sei. Schon jetzt habe man die Fälle ungeheurlich erhöht, und der Brotpreis sei in der Mehrzahl der Großstädte höher als im Jahre 1930."

Charakteristisch war, daß diese „Linke" ausdrücklich hervorhob, daß die „Neun" durch ihre „Opposition" die SPD vor dem Verlust zehntausender Mitglieder bewahrt habe. (?!)

Als der Vertreter der Panzerkreuzerpolitik, der Abg. Gerlach, die alten Mätzchen von der Fernhaltung ... der Nazis anzubringen suchte, rief man ihm zu: „Demagogie!" Nun legte aber Gerlach los, und dabei kam es zu einer äußerst interessanten Auseinandersetzung. G. kennzeichnete die Verlogenheit der „Linken" und erklärte:

„Die „Linken" haben gar kein Recht, über die Parteimehrheit zu Gericht zu sitzen. Die „radikalen Linken" in Thüringen haben gerade jetzt einer ausgesprochenen Rechtsregierung auf die Beine geholfen, um die Nazis draußen zu behalten.

Das sei noch viel weitgehender als es die Reichstagsfraktion bis jetzt gemacht habe."

SPD-Abgeordnete offen für Panzerkreuzer

Und dann platzte die „Bombe": Gerlach spielte als höchsten Trumpf eine unerhörte Tatsache aus:

„Wenn die Partei es den „Linken" gestattet, bei der Panzerkreuzerfrage aus der Reihe zu tanzen, dann hätte man es auch den Genossen von der Wasserkante zugestehen müssen, die (10 oder 11 Abgeordnete) für den Panzerkreuzer stimmen wollten."

Das ist ein vernichtender Schlag gegen die niederträchtige, heuchlerische Erklärung der „Linken" Graf und Ziegler, die jetzt in der sächsischen SPD-Presse ausdrücklich erklären, auch ihrer Meinung nach sei die gesamte Fraktion gegen den Panzerkreuzer, alle SPD-Abgeordnete seien „guten Willens", nur habe man die taktische Frage zu sehr in den Vordergrund geschoben. Diese Erklärung stellt also ein glattes und bewußtes Betrugsmanöver dar, dessen Opfer die noch auf die „Linken" hoffenden ehrlich-oppositionellen SPD-Proleten werden sollen.

Die weitere Diskussion widerspiegelte den hohen Grad der Empörung, der die SPD-Mitgliedschaft zur Rebellion treibt. Gleichzeitig aber zeigte es sich, daß auch in den Funktionärschichten die Erkenntnis von der Bedeutung des wachsenden Einflusses der revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunisten, durchdringt.

Der Bezirkssekretär Jöllig erklärte, wenn die SPD es nicht verstehe, den Kampf richtig zu führen, würden die radikalisierten Kleinbürgermassen bei den Kommunisten landen. Ein anderer Diskussionsredner erklärte, daß die Brüning-Diktatur eine Vorstufe des offenen Faschismus sei und wenn die proletarisierten Mittelschichten zu den Nazis gegangen seien, so habe das seine Ursache in der Politik der SPD. Am klarsten und konsequentesten formulierte der Funktionär Bransfeld seine Ansicht:

„Auch die demokratische Republik ist ein kapitalistischer Staat. Er mache das, was der Kapitalismus brauche und könne deshalb niemals ein Staat der Arbeiterschaft sein. Aus Angst vor den Nazis habe man sich in eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien hineintreiben lassen, und nun vergesse man über der Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien die Klassensolidarität. (Erregung, Zwischenruf: „Sie sind wohl in eine falsche Versammlung hineingeraten?) Um die Demokratie zu retten, baue man die Demokratie stückweise ab. Die bürgerliche Demokratie sei dem Kapitalismus selbst lästig geworden, deshalb gehe er zur kalten Diktatur über, die die Partei aus Angst unterstütze. Über diese kalte Diktatur würde sich genau so schlimm auswirken, wie die offene faschistische Diktatur."

SPD-Argument — wie Wilhelm II.

Auch in der Nürnberger außerordentlichen Funktionärsitzung der SPD kam es zu Auseinandersetzungen. Dort versuchte der rechte SPD-Reichstagsabgeordnete Dill den Panzerkreuzer B zu verteidigen. Als er davon sprach, der Bau des Panzerkreuzers habe vielen Arbeitern Brot gebracht und man könne nicht verlangen, daß Deutschland wehrlos sei, wenn alle Nachbarstaaten rüsten, fällt der mit großem Beifall aufgenommene Zwischenruf einer Funktionärin: „Genau so sprach Wilhelm der Zweite."

Kampf gegen § 218 — führen allein die Kommunisten!

Eine SPD-Funktionärin wandte sich gegen den Panzerkreuzerbau und gegen die Zustimmung zum Wehretat, ohne daß man zum mindesten Abstriche und Einsparungen verlangt hätte. Das würden die Mitglieder und Wähler, besonders die Frauen, nicht verstehen. Sie verteidigte die 9 Abgeordneten, die mit den Kommunisten gestimmt haben. Sie fragte, warum die SPD die Bekämpfung des Abtreibungsparagraphen 218 allein den Kommunisten überlasse.

Daß diese Funktionärin hierauf von ihrem Vorstand keine Antwort erhielt, wundert uns nicht. Die SPD-Führer werden nicht eingestehen können, daß sie sogar diese Elementarforderung aller fortschrittlichen Bewegungen der Bindung an die Pfaffenpartei geopfert haben.

Rußland — das Land des sozialistischen Aufbaus

Schließlich kam es zu einer bedeutungsvollen Debatte über die Haltung zu Rußland. Der Ingenieur und Stadtrat Behschnitt sprach gegen die Westorientierung der sozialdemokratischen Außenpolitik und setzte sich für die Ostorientierung ein.

Er sei der Ansicht, im Gegensatz zu den Ausführungen des Referenten, daß der Fünfjahrplan erfüllt werde. Zum erstenmal in der Welt werde in einem sozialistischen Staat eine sozialistische Planwirtschaft durchgeführt, wie man sie sich in Deutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nicht vorstellen könne.

Es sei ein Fehler, daß man in der Rußlandfrage selbst nach 13jährigem Bestehen der Sowjetunion noch an der alten Antisowjetpolitik festhalte. Er sei zwar kein Anhänger des heutigen Systems in Rußland, aber man dürfe nicht achtlos unterschätzen, wie die führenden SPD-Leute daran vorbeigehen. Rußland könnte man doch heute nicht mehr übersehen. In Deutschland seien 5 Millionen Arbeitslose und eine ungeheure Krise, während Rußland Arbeit und keine Krise zu verzeichnen habe. Die Außenpolitik müsse sich nach Osten orientieren.

Diese Erklärung des sozialdemokratischen Funktionärs stellt eine glatte Widerlegung der plumpen und verlogenen Rußlandhetze namentlich der Dresdner Volkszeitung dar, die ja bekanntlich erst vor wenigen Tagen sich erfrechte, die sozialistische Aufbauarbeit in der Sowjetunion zu leugnen.

In der Hamburger Funktionärkonferenz sprach der berüchtigte Sozialfaschist Heilmann. Nach der Enthüllung des Abg. Gerlach in Düsseldorf über die offene Panzerkreuzerbewilligungsabsicht der SPD-Abgeordneten der Wasserkante brauchte man sich nicht zu wundern, daß man ausgerechnet diesen hundertprozentigen Faschisten geholt hatte. Die proletarischen Diskussionsredner sprachen sich ebenso wie in Altona scharf gegen die Parteipolitik aus. Die Parteibürokratie erzwang jedoch mit Hilfe der Abhängigkeit der zahlreichen Angestellten die Wahl ihrer Parteitagsdelegierten, unter denen sich keine Arbeiter befinden.

Diese Vorgänge und die Auseinandersetzungen in der SPD sind von größter Bedeutung, sind sie doch ein untrügliches Symptom für das Aufbäumen des von der Bürokratie geknebelten und unterdrückten Klassenbewußtseins der besten proletarischen Elemente in der SPD. Sie zeigen gleichzeitig die Möglichkeit und Notwendigkeit der Befreiung der Massen von dem konterrevolutionären Einfluß der SPD-Führer und die reale Grundlage der Bildung einer breiten revolutionären Einheitsfront, deren Führung nur die KPD haben kann, da sie ja selbst nach den Geständnissen im SPD-Lager in allen Fragen den proletarischen Klassenstandpunkt wahrt und vertritt. Je entschiedener diese Entwicklung sich durchsetzt, desto schneller und leichter wird die Arbeiterklasse über die „kalte faschistische Diktatur" des Kapitals triumphieren!

Goebbels verriet den eigenen Putsch

Spaltung der SA Hamburg wegen Führerkorruption

Die neue Nummer des Stennes-Organs bringt an ihrer Spitze eine Enthüllung, die wohl das Ende der politischen Führerrolle des Reitpeitschen-Goebbels in der NSDAP bedeutet. An Hand von Protokollen wird dort nachgewiesen, daß Goebbels führend am Kampf gegen Hitler beteiligt war und u. a. am 3. März 1931 bei einer Führerbesprechung in seiner Wohnung wörtlich erklärt hat: „Nicht von München kommt die Befreiung, sondern von Norden, von Berlin her!" Er, Goebbels, hätte das richtige Fingerspitzengefühl, um den richtigen Moment dafür zu erfassen. Diese Enthüllung wird ohne Zweifel dem schon in die Ecke gedrängten Goebbels endgültig das Genick brechen. Dabei zeigt sich aber die ganze, echt „nationalsozialistische" Führerfeigheit, denn damit ist bewiesen, daß der „große" Goebbels die Stennes-Aktion nur aus persönlicher Feigheit verraten hat, als er die Gefahr für seinen Posten erkannte. Diese Enthüllung zeigt also den ehrlichen, aber irregeleiteten Proleten, Kleinbauern und Mittelständlern in der NSDAP die Tatsache, daß die Hakenkreuzführer grundsatzlose, von keinem anderen Trieb als den maßlosen Ehrgeiz, der Ruhmsucht und der eigenen Bereicherung besessene Kapitalsknechte sind, die ihre Anhänger zugunsten ihrer Einkünfte jederzeit verraten.

Diese Erkenntnis wird ihnen die Notwendigkeit des Bruches mit dieser kapitalistisch-faschistischen Partei klarmachen und sie den Weg der einzigen antikapitalistischen Front, zur roten Klassenfront unter Führung der KPD finden helfen.

In Hamburg hat die Krise in der NSDAP zu einer offenen Spaltung der SA geführt. Ein Fünftel aller Hamburger SA-Mitglieder hat der Parteiführung den Rücken gekehrt. Die Ausgetretenen wollen öffentlich gegen Hitler auftreten. Bei den Auseinandersetzungen spielen vor allem die Korruptionsfälle der Parteiführung eine Rolle. So ist der bisherige Sekretär der Hamburger Nazis, Hüttmann, wegen großer Unregelmäßigkeiten bis nach Oberschlesien geflogen. Auch gegen den Hamburger Gauleiter und Reichstagsabgeordneten Kaufmann werden schwere Vorwürfe erhoben. Der Versuch der Reichsparteileitung, die Dinge gänzlich zu vertuschen, ist durch die offene Rebellion der SA-Mitglieder vereitelt worden.

Wer ist Kommis der Brotwucherer?

Für die Brotpreissteigerung ist die Brüning-Regierung verantwortlich mit ihr aber auch die SPD, die sie tolerierte, unterstützt. Der Berliner Börsenkurier vom 23. April schreibt über den sozialdemokratischen Roggenkommissar Dr. Baade, der 800 Millionen Tonnen Roggen auf Staatskosten, das heißt, auf Kosten der Steuerzahler aufgekauft, dann aus dem Verkehr gezogen und als Schweinefutter verwendet hat:

„Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist es, der als Reichskommissar für die Roggenwirtschaft die Verantwortung für die bisherige Roggenpolitik trägt. Er hat die Maßnahmen durchgeführt, durch die ohne Rücksicht auf die katastrophale Versorgungslage ungeheure Roggenmengen der menschlichen Nahrung entzogen und als Schweinefutter verwendet worden sind."

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses für Roggenstützung am 24. April, wurde der Finanzminister Dietrich gefragt, wieso Dr. Baade Reichskommissar werden konnte. Daraufhin erklärte Dietrich wörtlich:

„Wir haben die Agrarpolitik mit Hilfe von Dr. Baade und mit Hilfe seines Einflusses auf die Sozialdemokratische Partei umgestellt."

Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; für Politik und Wirtschaft: Alexander Uhlandsbeck, Dresden; Gewerkschaft, Sport, Rechte und Arbeiterfrauen: Rudolf Leipig, Dresden; für Ausland: Karl Wolfner, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schmidt, Dresden. Für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden 3